

INSTITUT FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH

**Finanzielle Unterstützung für Familien
aus Sicht der Bevölkerung:
Haltungen zum Kindergeld**

Kurzumfrage im Rahmen der demoskopischen Begleitforschung
des BMFSFJ

INHALT

VORBEMERKUNG.....3

BREITE ZUSTIMMUNG ZU EINEM HÖHEREN KINDERGELD FÜR
FAMILIEN MIT KLEINEN EINKOMMEN4

ANHANG

Untersuchungsdaten

Repräsentanznachweis: Statistik der befragten Personengruppen

VORBEMERKUNG

Die finanzielle Unterstützung von Familien, insbesondere von Familien mit geringen Einkommen weiter zu verbessern, wird gesellschaftlich und politisch immer wieder diskutiert. Um Haltungen der Bevölkerung zu diesem Thema zu ermitteln, speziell zum Vorschlag, das Kindergeld für Familien mit kleinen Einkommen zu erhöhen und in Abhängigkeit vom Einkommen auszugestalten, hat das Institut INSTITUT FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH eine Kurzumfrage durchgeführt. Für das Kompetenzbüro Wirksame Familienpolitik beim BUNDESMINISTERIUM FÜR FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND wurden dazu im März 2021 Fragen im Rahmen einer bevölkerungsrepräsentativen Mehrthemenumfrage gestellt. Dazu konnte auf zwei Trendfragen vom Mai 2017 zurückgegriffen werden, als die Haltungen zu solchen Plänen zum ersten Mal erfragt wurden.

Die mündlich-persönlichen Interviews fanden zwischen dem 8. und dem 21. März statt. Befragt wurden 1.041 Personen ab 16 Jahren im gesamten Bundesgebiet. Die Gesamtergebnisse sind repräsentativ für die deutsche Wohnbevölkerung in Privathaushalten. Nähere Angaben zur Methode finden sich im Anhang.

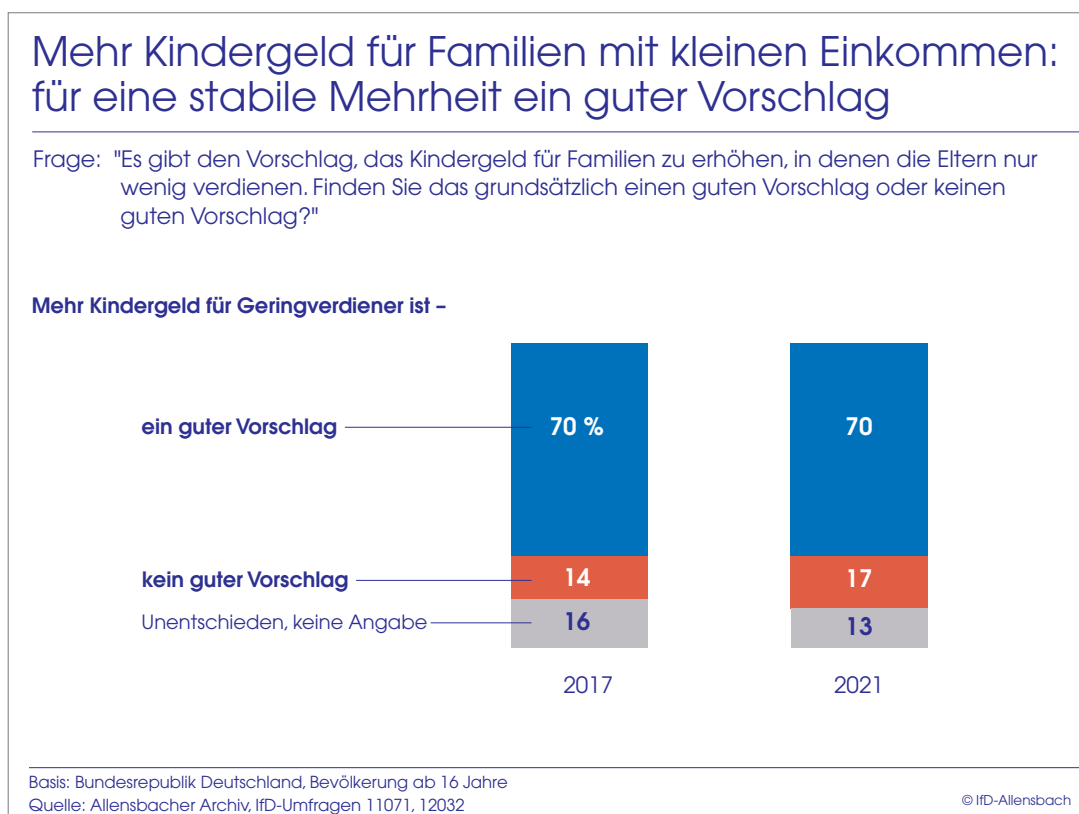
Allensbach am Bodensee,
29. April 2021

INSTITUT FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH

BREITE ZUSTIMMUNG ZU EINEM HÖHEREN KINDERGELD FÜR FAMILIEN MIT KLEINEN EINKOMMEN

Zu den Gruppen, die nach Ansicht der Bevölkerung staatlich stärker unterstützt werden sollen, gehören seit Langem Familien mit kleinen Einkommen.¹ Dementsprechend befürwortet eine große Mehrheit der Bevölkerung ein erhöhtes Kindergeld für Familien, in denen die Eltern nur wenig verdienen. 70 Prozent bewerten einen entsprechenden Vorschlag als gut. Nur 17 Prozent lehnen eine solche teilweise Orientierung des Kindergelds am Einkommen der Eltern ab; 13 Prozent bleiben unentschieden. Gegenüber 2017, als die Frage nach einer Erhöhung des Kindergelds für Familien mit kleinen Einkommen zum ersten Mal gestellt wurde, hat sich die Einstellungsverteilung nicht signifikant verändert. Auch damals sprachen sich bereits 70 Prozent der Gesamtbevölkerung dafür aus.

Schaubild 1



¹ So rangierte z.B. im März 2019 eine Verbesserung der finanziellen Förderung von Familien mit kleinen Einkommen ganz oben auf der Liste der Erwartungen der Bevölkerung an die Familienpolitik. IfD Allensbach (2019): Veränderungen der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für die Familienpolitik.

In den unterschiedlichen sozialen Teilgruppen bilden sich dabei nur geringe Unterschiede heraus. Noch am häufigsten sind ablehnende Haltungen unter Besserverdienenden, insbesondere unter Eltern mit gehobenen oder höheren Haushaltseinkommen. Auch wenn ablehnende Haltungen unter diesen Eltern etwas weiter verbreitet sind als unter anderen, befürwortet auch hier eine Mehrheit von 65 Prozent das höhere Kindergeld für Familien mit kleinen Einkommen und nur 23 Prozent äußern sich ablehnend.

Schaubild 2

Mehr Kindergeld für Familien mit kleinen Einkommen: Auch Eltern mit höheren Einkommen stimmen mehrheitlich zu

Frage: "Es gibt den Vorschlag, das Kindergeld für Familien zu erhöhen, in denen die Eltern nur wenig verdienen. Finden Sie das grundsätzlich einen guten Vorschlag oder keinen guten Vorschlag?"

Mehr Kindergeld für Geringverdiener ist –	Bevölkerung insgesamt %	Eltern mit Kindern unter 18 Jahren		
		insgesamt %	Nettohaushaltseinkommen ¹⁾	
			unter 3.000 Euro %	ab 3.000 Euro %
ein guter Vorschlag	70	65	72	65
kein guter Vorschlag	17	20	13	23
Unentschieden, keine Angabe	13	15	15	12
	100	100	100	100

¹⁾ Ohne Befragte, die keine Angabe zum Einkommen machen; deshalb Abweichung der jeweiligen Mittelwerte von den Gesamtwerten.

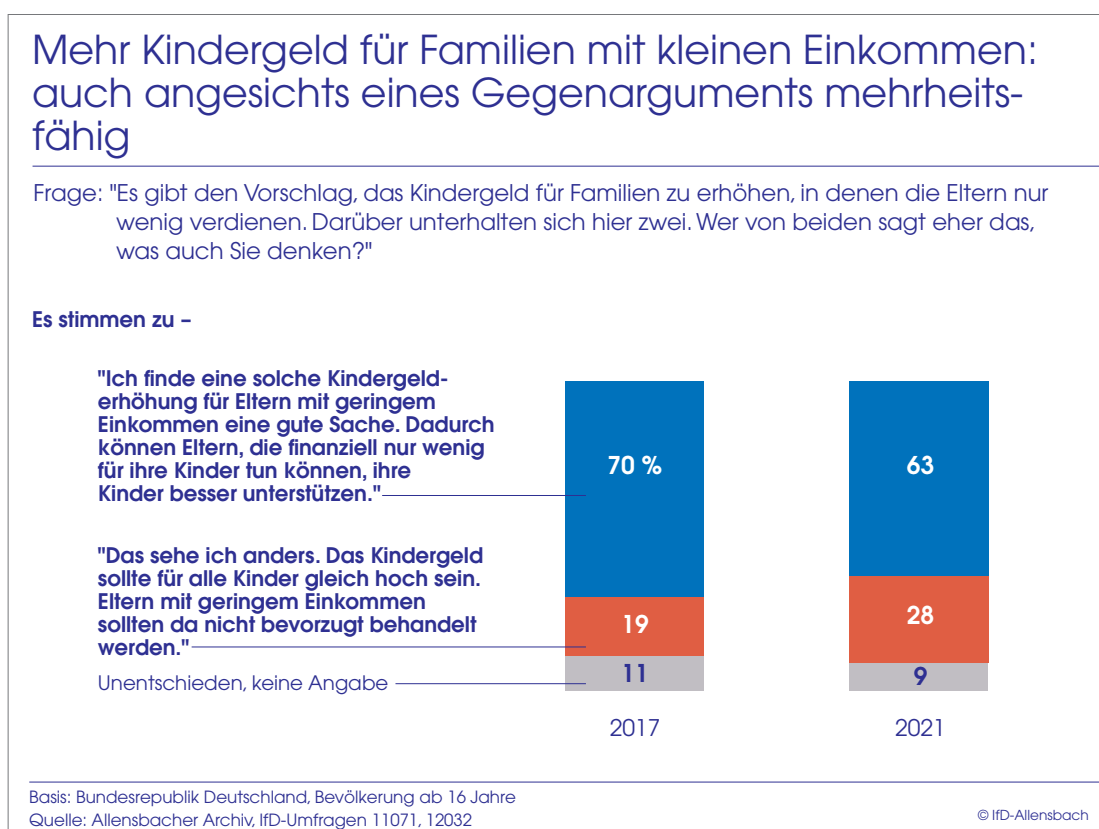
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12032 © IfD-Allensbach

Zur Prüfung, ob die Zustimmung auch dann noch geäußert wird, wenn kritische Gegenargumente vorgetragen werden, wurde ein projektiver Test durchgeführt. Dazu legten die Interviewer den Befragten ein Bildblatt vor, auf dem sich zwei Personen über ein höheres Kindergeld für Eltern mit kleinen Einkommen unterhalten und - in Textblasen dargestellte - kontroverse Argumente austauschen. Um Effekte durch das Geschlecht der dargestellten Personen auszuschließen, wurde weiblichen Befragten eine Abbildung mit zwei Frauen und männlichen Befragten eine Abbildung mit zwei

Männern überreicht. Die Frage lautete dann, welcher Figur man eher zustimmen würde. Als Pro-Argument wurde dabei auf die verbesserten Möglichkeiten der Geringverdiener zur Unterstützung ihrer Kinder verwiesen. Das Contra-Argument appellierte dagegen an den Gleichheitsgrundsatz: Das Kindergeld müsse für alle Kinder gleich hoch sein, Eltern mit geringen Einkommen sollten nicht bevorzugt behandelt werden.

Auch angesichts der Argumente sprechen sich noch fast zwei Drittel der Bevölkerung für eine Erhöhung des Kindergelds für Familien mit kleinen Einkommen aus (63 Prozent). Allerdings erweitert sich der Kreis der Ablehnenden gegenüber der allgemeinen, nicht argumentativ untermauerten Fragestellung spürbar. 28 Prozent der Gesamtbevölkerung schließen sich jetzt dem Contra-Argument an. Vornehmlich unter denjenigen, die eher nicht profitieren würden, gibt es zum Teil Vorbehalte, die bei einer direkten Frage nicht unmittelbar zu erkennen sind. Solche ablehnenden Haltungen haben seit 2017 etwas zugenommen.

Schaubild 3



ANHANG

Untersuchungsdaten

Statistik der befragten Personengruppen

UNTERSUCHUNGSDATEN

Befragter Personenkreis: Deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland

Anzahl der Befragten: Die Gesamtstichprobe besteht aus zwei in sich repräsentativen Teilstichproben (Halbgruppen A und B). Darüber hinaus erfolgte die Auswahl disproportional für die west- und ostdeutschen Bundesländer: In beiden Halbgruppen und damit auch in der Gesamtstichprobe wurde der Osten mit etwa einem Viertel stärker berücksichtigt als es dem Bevölkerungsanteil von 18 Prozent entspricht. Bei der Ausweisung von zusammenfassenden Ergebnissen wird diese Disproportionalität über die Gewichtung aufgehoben.

Halbgruppe	West	Ost	Insg.	
A	384	141	525	Personen
B	386	130	516	Personen
Insgesamt	770	271	1041	Personen

Auswahlmethode: Repräsentative Quotenauswahl

Den Interviewern wurden dabei Quoten vorgegeben, die ihnen vorschrieben, wie viele Personen sie zu befragen hatten und nach welchen Merkmalen diese auszuwählen waren. Die Befragungsaufträge oder Quoten wurden nach Maßgabe der amtlichen statistischen Unterlagen auf Bundesländer und Regierungsbezirke und innerhalb dieser regionalen Einheiten auf Groß-, Mittel- und Kleinstädte sowie Landgemeinden verteilt. Die weitere Verteilung der Quoten erfolgte auf Männer und Frauen und verschiedene Altersgruppen.

Gewichtung: Zur Aufhebung der Disproportionalität bezüglich west- und ostdeutscher Bundesländer und zur Angleichung an Strukturdaten der amtlichen Statistik erfolgte eine faktorielle Gewichtung der Ergebnisse.

Repräsentanz: Die gewichtete Stichprobe entspricht, wie die Gegenüberstellung mit den amtlichen statistischen Daten zeigt, der Gesamtbevölkerung ab 16 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland. Diese Übereinstimmung im Rahmen der statistischen Genauigkeitsgrenzen ist eine notwendige Voraussetzung für die Verallgemeinerbarkeit der Ergebnisse.

Art der Interviews: Die Befragung wurde mündlich-persönlich (face-to-face) nach einem einheitlichen Frageformular vorgenommen. Die Interviewer waren angewiesen, die Fragen wörtlich und in unveränderter Reihenfolge vorzulesen.

Anzahl der eingesetzten Interviewer: An der Befragung waren insgesamt 395 nach einheitlichen Testmethoden ausgewählte und geschulte Interviewerinnen und Interviewer beteiligt.

Termin der Befragung: Die Interviews wurden vom 8. bis 21. März 2021 geführt.

IfD-Archiv-Nr. der Umfrage: 12032

STATISTIK

**der in der Umfrage 12032 befragten Personengruppe (Deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre)
im Vergleich zu den Zahlen der amtlichen Statistik**

	Repräsentative Bevölkerungsumfrage März 2021			Amtliche Statistik (*)
	Insgesamt	Halbgruppe		%
	%	A %	B %	
<u>REGIONALE VERTEILUNG</u>				
Westl. Länder einschl. Westberlin	82	82	82	82
Östl. Länder einschl. Ostberlin	18	18	18	18
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>
Norddeutschland (Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Bremen)	17	17	17	17
Nordrhein-Westfalen	21	21	21	21
Südwestdeutschland (Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland)	13	13	13	13
Baden-Württemberg	13	13	13	13
Bayern	16	16	16	16
Berlin	4	4	4	4
Nordostdeutschland (Brandenburg, Mecklenb.-Vorp., Sachsen-Anhalt)	8	8	8	8
Sachsen und Thüringen	8	8	8	8
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>
<u>WOHNORTGRÖSSE</u>				
unter 5.000 Einwohner	15	15	15	15
5.000 bis unter 20.000 Einwohner	27	27	27	27
20.000 bis unter 100.000 Einwohner	28	28	28	28
100.000 und mehr Einwohner	30	30	30	30
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>
<u>GESCHLECHT</u>				
Männer	49	49	49	49
Frauen	51	51	51	51
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>
<u>ALTER</u>				
16 - 29 Jahre	17	17	17	17
30 - 44 Jahre	21	21	21	21
45 - 59 Jahre	27	27	27	27
60 Jahre und älter	35	35	35	35
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>

(*) Original- und Schätzwerte (für die deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre) nach Daten der amtlichen Statistik.

Quelle: Mikrozensus 2019

STATISTIK

**der in der Umfrage 12032 befragten Personengruppe (Deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre)
im Vergleich zu den Zahlen der amtlichen Statistik**

	Repräsentative Bevölkerungsumfrage März 2021			Amtliche Statistik (*)
	Insgesamt	Halbgruppe		%
	%	A %	B %	
<u>BERUFSTÄTIGKEIT</u>				
Erwerbspersonen (Berufstätige und Arbeitslose)	63	63	63	62
Nichterwerbspersonen	<u>37</u>	<u>37</u>	<u>37</u>	<u>38</u>
	100	100	100	100
<u>BERUFSSKREISE (**)</u>				
Arbeiter	13	12	13	12
Angestellte	41	41	41	41
Beamte	3	4	3	3
Selbständige und freiberuflich Tätige	6	6	6	6
Nichterwerbspersonen	<u>37</u>	<u>37</u>	<u>37</u>	<u>38</u>
	100	100	100	100
<u>FAMILIENSTAND</u>				
Verheiratet zusammenlebend	50	50	50	50
- Männer	25	25	25	25
- Frauen	25	25	25	25
Ledig	32	32	32	32
Verwitwet	8	8	8	8
Geschieden/getrennt lebend	<u>10</u>	<u>10</u>	<u>10</u>	<u>10</u>
	100	100	100	100
<u>HAUSHALTSGRÖSSE</u>				
Von der deutschen Wohnbevölkerung ab 16 Jahre leben in Haushalten mit				
- 1 Person	25	25	25	25
- 2 Personen	40	40	40	40
- 3 Personen	17	17	16	16
- 4 Personen	13	13	13	14
- 5 und mehr Personen	<u>5</u>	<u>5</u>	<u>6</u>	<u>5</u>
	100	100	100	100

(*) Original- und Schätzwerte (für die deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre) nach Daten der amtlichen Statistik.

Quelle: Mikrozensus 2019

(**) für Berufstätige und Arbeitslose (Einstufung Arbeitslose nach letzter Berufsstellung)